

VERBRAUCHERPOLITIK EU AKTUELL

Ausgabe 9 | 26. April bis 9. Mai 2021

INHALT:

- Allgemeine EU-Verbraucherpolitik
- Bauen / Energie / Umwelt / Verkehr
- Finanzdienstleistungen
- Gesundheit / Ernährung
- Telekommunikation / Medien / Internet
- Wirtschaftsfragen / Wettbewerb
- Terminvorschau

ALLGEMEINE EU-VERBRAUCHERPOLITIK

1. Abkommen über Handel und Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und Großbritannien in Kraft

Das Europäische Parlament hat am 27. April 2021 dem Abkommen über Handel und Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union (EU) und Großbritannien zugestimmt. Für das Abkommen galt für die Zeit vom 1. Januar 2021 bis 30. April 2021 eine Übergangsfrist für eine vorläufige Anwendung. Dank der Zustimmung des Parlaments konnte der Rat der Europäischen Union das Abkommen am 29. April 2021 in Kraft setzen. Dieses gilt nunmehr ab dem 1. Mai 2021. Das Abkommen mit Nullkontingenten und Nullzollsätzen zwischen der EU und Großbritannien wird von den Europaabgeordneten positiv gesehen. Das Parlament ist auch mit den Bestimmungen zu Fischerei, Verbraucherrechten, Luftverkehr und Energie einverstanden.

<https://eur-lex.europa.eu/content/news/Brexit-UK-withdrawal-from-the-eu.html>

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20210423IPR02772/parlament-billigt-handels-und-kooperationsabkommen-mit-vereinigtem-konigreich>

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2021-0141_DE.html

2. Europäisches Parlament verabschiedet Binnenmarktprogramm für 2021 bis 2027

Impressum

Verbraucherzentrale
Bundesverband e.V.

Rudi-Dutschke-Str. 17
10969 Berlin

Leiterin Team Brüssel
Isabelle Buscke
isabelle.buscke@vzbv.de

Anregungen zum Newsletter
nehmen wir gerne entgegen.

Das Europäische Parlament verabschiedete am 27. April 2021 das Binnenmarktprogramm der Europäischen Union für die Jahre 2021 bis 2027. Die Mittelausstattung beträgt 4,2 Milliarden Euro. Das Hauptziel des Binnenmarktprogramms besteht darin, es Bürgern, Verbrauchern, Unternehmen und Behörden in der gesamten EU zu ermöglichen, die Vorteile der Marktintegration voll auszuschöpfen. Zu diesem Zweck werden Maßnahmen gefördert, die auf Folgendes abzielen:

- Verbesserung der Steuerung und des Funktionierens des Binnenmarkts;
- Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit von EU-Unternehmen, insbesondere von Kleinstunternehmen sowie kleinen und mittleren Unternehmen;
- Unterstützung bei der Entwicklung europäischer Normen von hoher Qualität;
- Verbesserung des Verbraucherschutzes;
- Verbesserung der Gesundheit von Menschen, Tieren und Pflanzen sowie des Tierwohls;
- Förderung hochwertiger, zeitnaher und verlässlicher europäischer Statistiken.

Die neuen Regelungen gelten rückwirkend ab 1. Januar 2021.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2021-0135_DE.html

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-14281-2020-REV-1/de/pdf>

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_21_1989

3. Europäisches Verbrauchernetz verschafft Verbrauchern während der Pandemie über 4 Millionen Euro

Von März 2020 bis März 2021 hat das europäische Netz der Verbraucherzentren die Verbraucher in 8.000 COVID-19-bezogenen Fällen unterstützt, in denen Händler keine Entschädigung leisten wollten. 68 Prozent der Fälle wurden erfolgreich gelöst. Verbraucher erhielten Erstattungen von mehr als 4 Millionen Euro für annullierte Dienstleistungen oder für nicht gelieferte Waren. Im gleichen Zeitraum gingen beim Verbrauchernetz 44 Prozent mehr Auskunftersuchen ein als im Vorjahr. 70.000 Anfragen standen in direktem Zusammenhang mit den Folgen von COVID-19. 93 Prozent der Anfragen betrafen den Tourismus, 45 Prozent die Rechte von Fluggästen, 21 Prozent annullierte Unterkünfte und 17 Prozent Pauschalreisen.

https://ec.europa.eu/info/live-work-travel-eu/consumers/resolve-your-consumer-complaint/european-consumer-centres-network-ecc-net/ecc-net-and-covid-19_en

BAUEN / ENERGIE / UMWELT / VERKEHR

1. Europäisches Parlament verabschiedet Neuregelung der Rechte für Bahnreisende

Das Europäische Parlament verabschiedete am 29. April 2021 die Neuregelung der Rechte der Bahnreisenden. Im Fall von höherer Gewalt wie Unwetter oder Pandemien werden die Bahnbetreiber von der Pflicht zu Entschädigungen befreit. Die Fahrgäste behalten jedoch das Recht auf Rückerstattung des vollen Fahrpreises, anderweitige Beförderung und Hilfeleistung. Die Vereinbarung stärkt außerdem die Rechte von Fahrgästen mit Behinderungen oder eingeschränkter Mobilität. Fahrgäste sollen zudem in Zukunft das Recht haben, ihre Fahrräder mit an Bord zu nehmen – allerdings beinhaltet diese Regelung viele Ausnahmen. Der Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv) zeigte sich enttäuscht über die Neuregelung. „Der abgestimmte Kompromiss zur Neufassung der europäischen Bahngastrechte ist in jeder Hinsicht schlecht für die Bahnkunden. Ihre Rechte sind dauerhaft auf dem Abstellgleis. Statt ein höheres Schutzniveau für Kunden zu beschließen, gab das Europäische Parlament vor allem den Interessen der Bahnbetreiber nach,“ kommentierte Klaus Müller, Vorstand des vzbv. „Dass dies ausgerechnet im Europäischen Jahr der Schiene beschlossen wird, ist ein Affront gegen alle Bahnkunden.“

Der Rechtsakt wird am 12. Mai 2021 im EU-Amtsblatt veröffentlicht. Er tritt 20 Tage nach der Veröffentlichung in Kraft und gilt ab 6. Juni 2023, mit Ausnahme der Vorschriften für Fahrradstellplätze. Diese müssen erst vier Jahre nach Inkrafttreten der Verordnung angewandt werden.

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20210422IPR02605/parlament-starkt-rechte-von-bahnreisenden>

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-12262-2020-INIT/de/pdf>

<https://ec.europa.eu/transport/themes/passengers/news/2021-04-29-new-rail-passenger-rights>

<https://www.vzbv.de/pressemitteilungen/bahnkundenrechte-auf-dem-abstellgleis>

2. Neue EU-Vorschriften für die Energiekennzeichnung von Autoreifen

Seit dem 1. Mai 2021 gelten neue EU-Vorschriften für die Energiekennzeichnung von Reifen für den Straßenverkehr. Die Kennzeichnung soll die Verbraucher beim Kauf neuer Reifen vor allem über deren Kraftstoffeffizienz, Sicherheit und Geräuschentwicklung informieren. Die neuen Regeln aktualisieren das 2012 erstmals für Reifen für Pkw- und Lieferwagen eingeführte Label. Sie bieten

auch ein neues Piktogramm, das gegebenenfalls Reifen hervorhebt, die für den Einsatz auf Schnee oder Eis besonders geeignet sind. Die Kennzeichnung folgt dem farbcodierten Klassifizierungssystem, das für Haushaltsgeräte wie Geschirrspüler und Kühlschränke verwendet wird, mit 5 verschiedenen Klassen für den Rollwiderstand und für das Bremsen bei Nässe. Reifen mit dem alten Label dürfen noch bis Ende 2021 verkauft werden.

https://ec.europa.eu/info/news/new-tyre-labelling-rules-apply-1-may-2021-2021-apr-29_en

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:32020R0740&from=FR>

3. Europäische Kommission plant neuen Rechtsrahmen für neue genomische Verfahren

Die Europäische Kommission hat am 29. April 2021 auf Ersuchen der EU-Mitgliedstaaten eine Studie zu neuen genomischen Verfahren veröffentlicht. Diese Studie kommt zum Ergebnis, dass der derzeit geltende Rechtsrahmen für genveränderte Organismen aus dem Jahr 2001 für diese innovative Technologie wie die sogenannte Genschere nicht zweckmäßig ist. Die Europäische Kommission wird nun einen breit angelegten und offenen Konsultationsprozess einleiten, um die Gestaltung eines neuen Rechtsrahmens für diese biotechnologischen Verfahren zu erörtern. Klaus Müller (vzbv) fordert, dass es keine Aufweichung der Kennzeichnungspflicht für neue gentechnische Verfahren geben darf: „Neue Gentechnikverfahren sollten auch künftig ohne Wenn und Aber strengen Zulassungsverfahren und einer umfassenden Risikoanalyse unterworfen werden. Es muss das Vorsorgeprinzip gelten.“

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_1985

https://ec.europa.eu/food/plant/gmo/modern_biotech/new-genomic-techniques_en

<https://www.vzbv.de/pressemitteilungen/neue-gentechnische-verfahren-der-landwirtschaft-weiterhin-streng-regulieren>

FINANZDIENSTLEISTUNGEN

1. Konsultation zu nichtfinanziellen Angaben von Großunternehmen

Die Europäische Kommission veröffentlichte am 26. April 2021 den Entwurf einer Richtlinie über die Aktualisierung der Rechtsvorschriften für nichtfinanzielle Angaben von Großunternehmen. Nach EU-Recht müssen Großunternehmen

mit mehr als 500 Beschäftigten Angaben zu den sozialen und ökologischen Auswirkungen ihrer Tätigkeit offenlegen. Die nun an der Richtlinie über nichtfinanzielle Angaben vorgenommenen Änderungen sollen sicherstellen, dass Anleger, Zivilgesellschaft und andere interessierte Kreise auf die von ihnen benötigten Informationen zugreifen können, ohne dass den Unternehmen dabei übermäßige Berichtspflichten entstehen. Rückmeldungen sind bis 27. Juni 2021 möglich.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12129-Revision-of-Non-Financial-Reporting-Directive>

2. Konsultation zur Berichterstattung von Unternehmen über ihre Umweltleistungen

Die Europäische Kommission hat am 7. Mai 2021 eine öffentliche Konsultation zu Inhalt, Methodik und Präsentation von Informationen veröffentlicht, die große Unternehmen über ihre nachhaltigen Wirtschaftstätigkeiten nach der Taxonomieverordnung offenlegen sollten. Artikel 8 der Taxonomieverordnung zielt darauf ab, die Markttransparenz zu erhöhen und Grünfärberei zu verhindern, indem Anlegern Informationen über die Umweltleistung von Vermögenswerten und wirtschaftlichen Tätigkeiten von Finanz- und Nichtfinanzunternehmen zur Verfügung gestellt werden. Insbesondere müssen nichtfinanzielle Unternehmen den Anteil ihrer Umsatz-, Kapital- und Betriebskosten offenlegen, der sich aus nachhaltigen wirtschaftlichen Tätigkeiten ergibt. Bis zum 4. Juni 2021 können Rückmeldungen zum Entwurf einer delegierten Verordnung (Umsetzungsrechtsakt) gegeben werden.

https://ec.europa.eu/germany/news/20210507-konsultation-umweltleistungen_de

https://ec.europa.eu/finance/docs/level-2-measures/taxonomy-regulation-delegated-act-2021-article-8-draft_en.pdf

3. Europäische Bankenaufsichtsbehörde veröffentlicht Bericht über verdeckte Ermittlungstätigkeiten von Aufsichtsbehörden

Die Europäische Bankenaufsichtsbehörde (EBA) veröffentlichte am 3. Mai 2021 einen Bericht über verdeckte Ermittlungstätigkeiten von nationalen Aufsichtsbehörden in Bezug auf Produkte, die in den Tätigkeitsbereich des Verbraucherschutzmandats der EBA fallen, nämlich Verbraucherkredite, Hypothekarkredite, Einlagen, Zahlungsdienste, elektronisches Geld und Zahlungskonten. Verdecktes Testen ermögliche es den Aufsichtsbehörden, einen besseren Einblick in das Verhalten von Finanzinstituten zu erhalten. Letztere würden dann ermutigt, Korrekturmaßnahmen zu ergreifen und die geltenden Anforderungen besser zu erfüllen, so dass der Verbraucherschutz verbessert werde. Die Informationen

des Berichts stammen vor allem aus dem Zeitraum 2015 bis 2020. In dieser Zeit hätten nur wenige Aufsichtsbehörden derartige Tätigkeiten durchgeführt.

<https://www.eba.europa.eu/regulation-and-policy/consumer-protection-and-financial-innovation/european-banking-authority-publishes-report-mystery-shopping-activities-national-authorities>

GESUNDHEIT / ERNÄHRUNG

1. Europäisches Parlament ermöglicht Verhandlungen über Corona-Ausweis

Das Europäische Parlament hat am 29. April 2021 seine Verhandlungsposition zum Vorschlag für ein Zertifikat angenommen, das das Recht auf Freizügigkeit in Europa während der Pandemie bekräftigen soll. Die Europaabgeordneten waren sich einig, dass das neue „COVID-19-Zertifikat der EU“ - anstelle des von der Europäischen Kommission vorgeschlagenen „Digitalen Grünen Zertifikats“ - für 12 Monate, und nicht länger, gelten soll. Das Dokument, in digitaler oder in Papierform, soll bescheinigen, dass eine Person gegen das Coronavirus geimpft wurde, im Besitz eines aktuellen negativen Testergebnisses oder von einer Infektion genesen ist. Die COVID-19-Zertifikate werden jedoch genauso wenig ein Reisedokument wie eine Voraussetzung für die Ausübung des Rechts auf Freizügigkeit sein, so die Abgeordneten.

Die Mitgliedsstaaten müssen Impfbescheinigungen akzeptieren, die in anderen Mitgliedsstaaten für Personen ausgestellt wurden, die mit einem Impfstoff geimpft wurden, der von der Europäischen Arzneimittelagentur (EMA) für die Verwendung in der EU zugelassen ist (derzeit Pfizer-BioNTech, Moderna, Astra-Zeneca und Janssen), so die Abgeordneten. Es soll den Mitgliedsstaaten überlassen bleiben, ob sie auch Impfbescheinigungen akzeptieren, die in anderen Mitgliedsstaaten für Impfstoffe ausgestellt wurden, die von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) für den Notfall aufgelistet sind.

Inhaber eines COVID-19-Zertifikats der EU sollten keinen zusätzlichen Reisebeschränkungen wie Quarantäne, Selbstisolierung oder Tests unterworfen werden, so das Parlament. Die Abgeordneten betonen außerdem, dass die EU-Länder „für allgemeinen, leichten, zeitnahen und kostenlosen Zugang zu COVID-19-Tests“ sorgen sollten, um eine Diskriminierung von nicht geimpften Personen und aus wirtschaftlichen Gründen zu vermeiden.

Die Zertifikate werden überprüft, um Betrug und Fälschungen zu verhindern, ebenso wie die Echtheit der elektronischen Siegel, die in dem Dokument enthalten sind. Die Speicherung von im Zertifikat enthaltenen personenbezogenen Daten durch einen Bestimmungsmitgliedstaat ist untersagt, und es wird keine zentrale Datenbank auf EU-Ebene eingerichtet. Die Liste der Stellen, die Daten

verarbeiten und empfangen werden, wird öffentlich sein, so dass die Bürger ihre Datenschutzrechte gemäß der Datenschutz-Grundverordnung wahrnehmen können.

Das Europäische Parlament ist nun bereit, mit dem Rat der Europäischen Union die Verhandlungen über den Corona-Ausweis aufzunehmen. Der Rat hat seinen Standpunkt bereits festgelegt. Ziel ist eine Einigung noch vor der Sommerreisezeit. Die Abgeordneten erwarten schwierige Gespräche zu den Forderungen des Parlaments an die Mitgliedstaaten, keine zusätzlichen Reisebeschränkungen vorzusehen und kostenlose Coronatests zu ermöglichen.

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20210422IPR02606/corona-impfausweis-der-eu-muss-freizugigkeit-ohne-diskriminierung-unterstutzen>

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2021-0145_DE.html

2. Europäische Kommission ergänzt Impfstoffstrategie mit Strategie für COVID-19-Therapeutika

Die Europäische Kommission ergänzte am 6. Mai 2021 die Impfstoffstrategie der Europäischen Union mit einer Strategie für COVID-19-Therapeutika. Derzeit gebe es nur ein zugelassenes Arzneimittel zur Behandlung von COVID-19, nämlich Remdesivir. Die Kommission wird ein Portfolio von zehn potenziellen COVID-19-Therapeutika zusammenstellen und bis Juni 2021 die fünf vielversprechendsten darunter ermitteln. Sie wird Vermittlungsbörsen für an Therapeutika arbeitende Akteure der Industrie organisieren, um so ausreichende Produktionskapazitäten und eine zügige Herstellung zu gewährleisten. Neue Zulassungen, fortlaufende Überprüfungen und gemeinsame Beschaffungsverträge sollen noch vor Ende des Jahres realisiert werden. Angestrebt wird die Zulassung von drei neuen Therapeutika zur Behandlung von COVID-19 bis Oktober 2021 und möglicherweise von zwei weiteren Therapeutika vor Ende des Jahres. Bis Ende 2021 sollen sieben fortlaufende Überprüfungen vielversprechender Therapeutika eingeleitet werden – vorbehaltlich der Ergebnisse von Forschung und Entwicklung.

https://ec.europa.eu/germany/news/20210506-medikamente-covid_de

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_2201

https://ec.europa.eu/info/files/communication-eu-strategy-covid-19-therapeutics_de

3. Europäische Kommission konsultiert zur Bewertung der Patientenrechte bei der grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung

Die Europäische Kommission veröffentlichte am 4. Mai 2021 eine öffentliche Konsultation zu dem für das zweite Quartal 2022 vorgesehenen Bericht über

die Bewertung der Patientenrechte bei der grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung. Gemäß der Patientenrichtlinie haben EU-Bürger das Recht, geplante Leistungen der Gesundheitsversorgung in einem anderen EU-Land in Anspruch zu nehmen. Sie können auch die Erstattung von Behandlungskosten bei ihrem nationalen Gesundheitssystem oder ihrer Krankenversicherung beantragen. Im Rahmen dieser Evaluierung wird bewertet, wie die EU-Vorschriften funktionieren, insbesondere im Hinblick auf den Zugang der Patienten zu sicherer und qualitativ hochwertiger Gesundheitsversorgung in einem anderen EU-Land und auf die Förderung der Zusammenarbeit zwischen den nationalen Gesundheitsdienstleistern. Rückmeldungen sind bis 27. Juli 2021 möglich.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12844-Grenzüberschreitende-Gesundheitsversorgung-Bewertung-der-Patientenrechte_de

4. Europäische Kommission konsultiert zu sicherem Austausch von Gesundheitsdaten

Die Europäische Kommission veröffentlichte am 3. Mai 2021 eine öffentliche Konsultation zu dem für das vierte Quartal 2021 geplanten Vorschlag für eine Verordnung über digitale Gesundheitsdaten und -dienste (europäischer Raum für Gesundheitsdaten). Der europäische Raum für Gesundheitsdaten werde den sicheren Austausch von Patientendaten (auch bei Auslandsreisen) und die Kontrolle der Bürger über ihre Gesundheitsdaten fördern und den Zugang zu Gesundheitsdaten und ihre Nutzung für Forschung, Politikgestaltung und Regulierung mit einem zuverlässigen Steuerungsrahmen und unter Wahrung der Datenschutzvorschriften fördern. Rückmeldungen sind bis 26. Juli 2021 möglich.

https://ec.europa.eu/germany/news/20210503-konsultation-gesundheitsdaten_de

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12663-Digitale-Gesundheitsdaten-und-dienste-europaischer-Raum-fur-Gesundheitsdaten_de

5. Getrocknete Gelbe Mehlwürmer erhalten EU-Zulassung als neuartiges Lebensmittel

Die EU-Staaten haben am 4. Mai 2021 einem Vorschlag der Europäischen Kommission zugestimmt, getrocknete Gelbe Mehlwürmer als neuartiges Lebensmittel in der Europäischen Union zuzulassen. Dies ist die erste Zulassung eines Insekts als neuartiges Lebensmittel auf dem EU-Markt. Die Larven des Käfers *Tenebrio molitor* können im Ganzen als Snack oder als Zutat in einer Reihe von Lebensmitteln verwendet werden, zum Beispiel in Form von Pulver

in Proteinprodukten, Keksen oder Pasta. Nach Zustimmung der EU-Staaten folgt die formelle Entscheidung der Kommission nun in den kommenden Wochen. Unter dem Begriff „neuartiges Lebensmittel“ versteht man alle Lebensmittel, die vor dem 15. Mai 1997 nicht in nennenswertem Umfang in der Europäischen Union für den menschlichen Verzehr verwendet wurden.

https://ec.europa.eu/germany/news/20210504-insekt-lebensmittel_de

6. Diskussionen über Kennzeichnungspflicht von Legehennenhaltung

Die Bundesrepublik ersuchte die Europäische Kommission bei verarbeiteten Lebensmitteln mit Eiern als Zutat (beispielsweise Teigwaren und Mayonnaise) eine Ausweitung der Kennzeichnungspflicht bezüglich der Legehennenhaltung zu prüfen. Bei unverarbeiteten Eiern müsse die Art der Haltung angegeben werden, bei verarbeiteten Eiern jedoch nicht. Bei der informellen Tagung der EU-Landwirtschaftsminister am 26. April 2021 schlossen sich mehrere Mitgliedstaaten an, die auf den zusätzlichen Nutzen solcher Informationen für die Verbraucher verwiesen.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/agrifish/2021/04/26/>

https://www.consilium.europa.eu/media/49299/aob-labelling-of-foodstuffs-containing-eggs-en_final.pdf

7. Keine Anreicherung von Bio-Drinks mit Calcium durch Zusatz von Algen

Der Europäische Gerichtshof entschied am 29. April, dass der Zusatz eines Pulvers aus der Kalkrotalge (*Lithothamnium calcareum*) bei der Verarbeitung ökologischer/biologischer Lebensmittel wie ökologischen/biologischen Reis- und Sojagetränken zu deren Anreicherung mit Calcium nicht zulässig ist. Im Ausgangsfall geht es um die vom deutschen Unternehmen Natumi hergestellten Soja- und Reisgetränke mit einer „Bio“-Kennzeichnung und folgenden Hinweisen: „Calcium“, „mit kalziumreicher Seealge“ sowie „mit hochwertigem Calcium aus der Seealge *Lithothamnium*“. Da gerade im Bereich der Regeln für Nahrungsergänzungsmittel Nachbesserungsbedarf besteht, fordern die Verbraucherzentralen zur Gewährleistung des gesundheitlichen und wirtschaftlichen Verbraucherschutzes die Einführung eines Zulassungsverfahrens für Nahrungsergänzungsmittel im europäischen Binnenmarkt.

<https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2021-04/cp210069de.pdf>

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf;jsessionid=AE14D29AD3E94166CD45E23594EEB196?text=&docid=240544&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=14285516>

<https://www.vzbv.de/sites/default/files/2021-05/21-02-16%20Positionspapier%20vzbv%20und%20VZn%20NEM.pdf>

8. Keine unbeschränkte Werbung für Kohlenhydratlösungen

Die Europäische Kommission erließ am 23. April 2021 eine Durchführungsverordnung zur Zulassung einer gesundheitsbezogenen Angabe über Lebensmittel hinsichtlich der von Specialised Nutrition Europe (SNE) vertriebenen Kohlenhydratlösungen (CHO). Zugelassen ist die Angabe „Kohlenhydratlösungen tragen zur Verbesserung der körperlichen Leistungsfähigkeit während einer intensiven und lang anhaltenden körperlichen Betätigung bei trainierten Erwachsenen bei.“ Die Angabe darf nur für Kohlenhydratlösungen verwendet werden, die nach der Gebrauchsanweisung zwischen 30 Gramm und 90 Gramm Kohlenhydrate pro Stunde liefern, sofern es sich bei den betreffenden Kohlenhydraten um Glucose, Saccharose, Fructose und/oder Maltodextrine handelt. Verbraucher müssen darüber in Kenntnis gesetzt werden, dass die vorteilhafte Wirkung nur bei trainierten Erwachsenen eintritt, die eine intensive (mindestens 65 Prozent der maximalen Sauerstoffaufnahme) und lang anhaltende (mindestens 60 Minuten) körperliche Betätigung absolvieren. Die Angabe darf nur für Lebensmittel verwendet werden, die für trainierte Erwachsene bestimmt sind, die sich intensiv und lang anhaltend körperlich betätigen.

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:32021R0686&from=DE>

TELEKOMMUNIKATION / MEDIEN / INTERNET

1. Terroristische Online-Inhalte müssen innerhalb einer Stunde entfernt werden

Am 28. April 2021 verabschiedete das Europäische Parlament neue EU-Rechtsvorschriften zur Bekämpfung terroristischer Online-Inhalte. Internetunternehmen sind nun verpflichtet, terroristische Inhalte innerhalb einer Stunde nach Erhalt einer entsprechenden Anordnung durch die nationalen Behörden zu entfernen. Internetunternehmen wie Facebook oder YouTube, die von Nutzern hochgeladene Inhalte hosten, werden jedoch nicht dazu verpflichtet, terroristische Online-Inhalte proaktiv zu erfassen. Die Überwachung von Informationen oder die aktive Suche nach Fakten, die auf illegale Aktivitäten hinweisen, fällt in die Zuständigkeit der nationalen Behörden. Es besteht keine Verpflichtung zur Verwendung von Filtern oder automatischen Werkzeugen, da diese zu Fehlern und der Kennzeichnung harmloser Inhalte als „terroristisch“ führen könnte. Die Verordnung tritt am zwanzigsten Tag nach ihrer Veröffentlichung im EU-Amtsblatt in Kraft und gilt 12 Monate nach ihrem Inkrafttreten.

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/headlines/security/20190919STO61425/parlament-beschliesst-schnellere-entfernung-terroristischer-online-inhalte>

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2021-0144_DE.html

2. Plattformbetreiber bekämpfen Desinformation über Corona-Impfstoffe

Am 29. April 2021 veröffentlichte Berichte der Europäischen Kommission zeigen, wie Facebook, Google, Microsoft, Twitter und TikTok im März 2021 falsche und irreführende Informationen über Corona-Impfstoffe bekämpft haben. Twitter setzt inzwischen nach eigenen Angaben Warnungen auf Tweets, die unbegründete Gerüchte, strittige Behauptungen sowie unvollständige oder aus dem Zusammenhang gerissene Informationen über Impfstoffe verbreiten. TikTok berichtet, dass 7687 Videos mit Wörtern oder Hashtags im Zusammenhang mit Impfstoffen in der Europäischen Union mit einem Warnhinweis versehen wurden. Google baute seine Funktion weiter aus, die als Reaktion auf die Suche nach Informationen über Coronavirus-Impfstoffe eine Liste mit zugelassenen Impfstoffen und Statistiken anzeigt. Facebook erweiterte seine Tools zur Unterstützung von Menschen, die sich gegen das Coronavirus impfen lassen, indem auf die Informationen der Weltgesundheitsorganisation hinweist. Microsofts LinkedIn bietet nun offizielle Informationen über Impfstoffe und Impfungen auf seiner Seite an, zu der Nutzer weitergeleitet werden, wenn sie nach Coronavirus-bezogenen Stichwörtern suchen.

https://ec.europa.eu/germany/news/20210429-desinformation-corona-impfstoffe_de

<https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/library/reports-march-actions-fighting-covid-19-disinformation-monitoring-programme>

WIRTSCHAFTSFRAGEN / WETTBEWERB

1. Europäische Kommission treibt Schutz geografischer Angaben für gewerbliche Erzeugnisse voran

Die Europäische Kommission veröffentlichte am 29. April 2021 eine öffentliche Konsultation zu dem für das vierte Quartal 2021 vorgesehenen Vorschlag für eine Verordnung über den EU-weiten Schutz geografischer Angaben für nicht-landwirtschaftliche Erzeugnisse. Derzeit gibt es kein EU-weites System zum Schutz geografischer Angaben für nichtlandwirtschaftliche Erzeugnisse (wie z.B. Kunsthandwerk und gewerbliche Waren). Solche Produkte seien jedoch häufig ein wichtiger Teil der lokalen Identität, belebten den Tourismus und

schaften Arbeitsplätze. Ein einheitliches System würde insbesondere, den Herstellern helfen, in Nischenmärkten wettbewerbsfähig zu bleiben, die Verbraucher besser über die Authentizität der Produkte informieren und der regionalen Wirtschaft Auftrieb geben. Rückmeldungen sind bis zum 22. Juli 2021 möglich.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12778-Geographical-indication-protection-at-EU-level-for-non-agricultural-products>

https://ec.europa.eu/germany/news/20210429-konsultationen-geschmacks-musterschutz-geografische-angaben_de

2. Europäische Kommission wirft Apple Missbrauch von marktbeherrschender Stellung vor

Apple hat nach vorläufigen Ermittlungsergebnissen der Europäischen Kommission seine marktbeherrschende Stellung im Vertrieb von Musikstreaming-Apps über seinen „App Store“ missbraucht und dadurch den Wettbewerb auf dem Musikstreaming-Markt verfälscht. Die Kommission kritisiert vor allem, dass Entwickler von Musikstreaming-Apps das Apple-eigene System für In-App-Käufe nutzen müssen, um ihre Apps über den App-Store von Apple zu vertreiben. Außerdem befürchtet sie, dass Apple die App-Entwickler durch bestimmte Beschränkungen daran hindert, Nutzer von iPhones und iPads über kostengünstigere Bezugsmöglichkeiten zu informieren.

https://ec.europa.eu/germany/news/20210430-kartellrecht-apple_de

3. Starke Zunahme des Verbrauchervertrauens in Europa

Der von der Europäischen Kommission berechnete Index des Verbrauchervertrauens stieg im April 2021 gegenüber dem Vormonat im Euroraum um 2,7 Punkte auf -8,1 Punkte und in der Europäischen Union um 3,1 Punkte auf -9,0 Punkte. Der Index liegt nunmehr im Euroraum über seinem langfristigen Durchschnitt von -11,1 und in der Europäischen Union über seinem langfristigen Durchschnitt von -10,6.

Der Index wird seit Januar 2019 neu berechnet. Er beruht nunmehr auf den Antworten von Verbrauchern auf folgende vier Fragen: (i) Wie hat sich die finanzielle Lage ihres Haushalts in den letzten 12 Monaten entwickelt?, (ii) Was für eine Entwicklung der finanziellen Lage ihres Haushalts erwarten sie in den nächsten 12 Monaten?, (iii) Was für eine Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage ihres Landes erwarten sie in den nächsten 12 Monaten? und (iv) Verglichen mit den letzten 12 Monaten, erwarten sie mehr oder weniger Ausgaben für größere Ankäufe (Möbel, Elektrogeräte, elektronische Geräte usw.) in den nächsten 12 Monaten.

https://ec.europa.eu/info/sites/default/files/flash_consumers_2021_04_en.pdf

TERMINVORSCHAU

Rat der Europäischen Union

Sonderausschuss Landwirtschaft (10. Mai 2021)

Reformpaket für die Gemeinsame Agrarpolitik für die Zeit nach 2020 (Informationen über die Ergebnisse der letzten Trilogie und nächste Schritte); Ökologischer Landbau – Aktionsplan für die Förderung der ökologischen Landwirtschaft in der Europäischen Union (Vorstellung durch die Kommission, Vorbereitung der Aussprache im Rat).

Ratsarbeitsgruppe „Geistiges Eigentum“ (10. Mai 2021)

Schlussfolgerungen des Rates zur Politik des geistigen Eigentums.

Ratsarbeitsgruppe „Arzneimittel und Medizinprodukte“ (10. Mai 2021)

Vorschlag für eine Verordnung über eine verstärkte Rolle der Europäischen Arzneimittel-Agentur bei der Krisenvorsorge und -bewältigung bei Arzneimitteln und Medizinprodukten.

Ratsarbeitsgruppe „Energie“ (10. Mai 2021)

Entwurf der Schlussfolgerungen des Rates zu einer Sanierungswelle, die die Wirtschaft jetzt repariert und grüne Gebäude für die Zukunft schafft.

Rat Allgemeine Angelegenheiten (11. Mai 2021)

COVID-19-EU-Koordinierung (Sachstand).

Ratsarbeitsgruppe „Finanzdienstleistungen“ (11. Mai 2021)

Kraftfahrzeugversicherung (Behandlung der laufenden Trilogie mit dem Europäischen Parlament).

Ratsarbeitsgruppe „Telekommunikation und Informationsgesellschaft“ (11. Mai 2021)

Daten-Governance-Akt (Fortsetzung der Prüfung des Kompromissvorschlags).

Ratsarbeitsgruppe „Finanzdienstleistungen“ (12. Mai 2021)

Vorschlag für eine Verordnung über die operative Widerstandsfähigkeit für den Finanzsektor.

Ratsarbeitsgruppe „Telekommunikation und Informationsgesellschaft“ (12. Mai 2021)

Roaming-Verordnung (Prüfung von Kompromisstext des Vorsitzes).

Ausschuss der Ständigen Vertreter (ASTV) - 1. Teil (12. Mai 2021)

Verordnung über digitale Dienstleistungen (Sachstand); Verordnung über digitalen Markt (Sachstand); Paket über digitale Dienste (Aussprache); Schlussfolgerungen zum Thema „Tourismus in Europa für das nächste Jahrzehnt: Nachhaltig, belastbar, digital, global und sozial“.

Ausschuss der Ständigen Vertreter (AStV) - 2. Teil (12. Mai 2021)

Covid-19-EU-Koordinierung.

Rat Bildung, Jugend, Kultur und Sport (17./18. Mai 2021)

Die Auswirkungen von Plattformen für Videoabruf (video-on demand – VoD) auf den audiovisuellen Markt der Europäischen Union, insbesondere auf die Beziehungen zwischen den verschiedenen Akteuren in der Wertschöpfungskette (Informationen der spanischen Delegation); Schlussfolgerungen zur Innovation im Sport; Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf den Sport (Informationen des Vorsitzes zum Sachstand); Initiative HealthyLifestyle4All (Informationen der Kommission).

Rat Auswärtige Angelegenheiten (20. Mai 2021)

Schlussfolgerungen zur Überprüfung der Handelspolitik.

Europäisches Parlament

Ausschuss für Wirtschaft und Währung (10. Mai 2021)

Wettbewerbspolitik - Jahresbericht 2020

Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie (10. Mai 2021)

Strukturierter Dialog mit EU-Kommissar Thierry Breton.

Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (10. Mai 2021)

Neue Gen-Techniken im Lebensmittelbereich: Auswirkungen auf Gesundheit und Umwelt; Vorschlag für eine Verordnung über die Gesundheitstechnologie-Bewertung (Bericht über die laufenden interinstitutionellen Verhandlungen); Europäisches Klimagesetz (Abstimmung über die vorläufige Einigung zur Schaffung des Rahmens zur Erreichung der Klimaneutralität).

Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr (10. Mai 2021)

Strategie für nachhaltige und intelligente Mobilität.

Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung (10. Mai 2021)

Allgemeines Umweltaktionsprogramm der Union bis 2030; Handelsbezogene Aspekte und Auswirkungen von COVID-19; Stand der laufenden Trilog-Verhandlungen zur Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik.

Entwicklungsausschuss (10. Mai 2021)

Handelsbezogene Aspekte und Auswirkungen von COVID-19.

Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (10. Mai 2021)

Der angemessene Schutz personenbezogener Daten durch das Vereinigte Königreich; Rahmen für die Ausstellung, Überprüfung und Anerkennung interoperabler Bescheinigungen über Impfung, Tests und Wiederherstellung zur Erleichterung des freien Verkehrs während der COVID-19-Pandemie (Digitales Grünes Zertifikat).

Sonderausschuss zur Krebsbekämpfung (10. Mai 2021)

Die Gesetzgebungskompetenzen der Union in der Krebsbekämpfung.

Plenum (17. - 20. Mai 2021)

Eine europäische Strategie für die Integration der Energiesysteme; Eine europäische Wasserstoffstrategie; Haftung von Unternehmen für Umweltschäden; Digitale Zukunft Europas: digitaler Binnenmarkt und Einsatz von KI für europäische Verbraucher; Europäisches Kompetenzzentrum für Cybersicherheit; Erklärungen des Rates der EU und der Europäischen Kommission zum Datenschutz: Data Protection Commissioner/Facebook Ireland Limited (Rechtssache „Schrems II“) und angemessener Schutz personenbezogener Daten vonseiten des Vereinigten Königreichs.

Europäische Kommission

Wöchentliche Sitzung des Kollegiums (12. Mai 2021)

Mitteilung über Null-Verschmutzung für Wasser, Luft und Boden; Mitteilung über ein neues Konzept für eine nachhaltige blaue Wirtschaft in der EU.

Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss

Fachgruppe Binnenmarkt, Produktion, Verbrauch (11. Mai 2021)

Auf dem Weg zu einer kreislauforientierten Auftragsvergabe (Initiativstellungnahme); Kein grüner Deal ohne sozialen Deal (Initiativstellungnahme).

Europäischer Ausschuss der Regionen

Fachkommission für natürliche Ressourcen (20. Mai 2021)

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat – Neue Verbraucheragenda – Stärkung der Resilienz der Verbraucher/innen für

eine nachhaltige Erholung (Initiativstellungnahme); EU-Aktionsplan für ökologische Landwirtschaft (Initiativstellungnahme); Europas Plan gegen den Krebs (Initiativstellungnahme).

Europäischer Gerichtshof

Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-70/20 (12. Mai 2021)

Schadensersatz bei Verletzung durch harte Landung auf Flugplatz?

Urteil in der Rechtssache C-913/19 (20. Mai 2021)

Gerichtliche Zuständigkeit für Klage gegen Kfz-Haftpflichtversicherer.

Europäisches Gericht

Urteil in der Rechtssache T-178/20 (12. Mai 2021)

Markenstreit um Bildzeichen von BavariaWeed als Unionsmarke für den Handel mit medizinischem Cannabis.

Verbraucherpolitik EU aktuell erscheint alle zwei Wochen. Der Newsletter gibt einen Überblick über aktuelle Termine und relevante verbraucherpolitische Aktivitäten und Vorhaben in der Gesetzgebung der EU.

Newsletter verfasst von

Dr. Ekkehard Rohrer, MPA (Harvard University) – Brüssel

Im Auftrag des Verbraucherzentrale Bundesverbands (vzbv)